Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1949

98 (16.11.1949)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag. durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65.

Badischer Landsmann gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang | Mittwoch Donnerstag, den 16./17. November 1949 | Nr. 98

Adenauer meldet Erfolge

Demontage-Stop für sechs große Werke — Das Ergebnis der Pariser Konferenz

Von unserem TP-Korrespondenten

v. W. Bonn. Die Verkündigung eines Demontage-Stops für sechs große deutsche Werke der Stahl- und der synthetischen Industrie durch die alliierten Mächte steht bevor. Diese Mitteilung machte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Dienstag in einer Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag, nachdem er am Vormittag eine mehrstündige Unterredung mit den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg gehabt hatte. Die Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am letzten Tage des vergangenen Monats bin ich von einer sehr maßgebenden ausländischen Stelle darauf hingewiesen worden, daß alle Anträge auf Einstellung der Demontagen, die wir von seiten der Bundesregierung immer und immer wieder gestellt haben, ohne weiteres auch in Zukunft abgelehnt würden. Wir betrachteten die Demontagefrage nicht vom richtigen Gesichtspunkt aus. Die Demontagefrage sei für die westlichen Alliierten in erster Linie eine Frage des Sicherheitsbedürfnisses. Und auf meine Frage, wie man sich denn auf westalliierter Seite die Lösung dieses Sicherheitsproblems denke, ist mir von dieser Stelle gesagt worden, daß man vor allem einen wesentlichen Beitrag Deutschlands zur Frage der Sicherheit, in der Mitarbeit bei der Sicherheitskommission und in einer Anerkennung des Ruhrstatuts finden würde. Ich habe daraufhin, da ich keine Zeit hatte, mit irgendwelchen politischen Persönlichkeiten Rücksprache zu nehmen, am 1. November folgendes Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Alliierten Hohen Kommission, General Robertson, gerichtet:

‚Bei den Verhandlungen über die Demontagefrage ist betont worden, daß sie zwar auch eine Reparationsfrage, vor allem aber ein Sicherheitsproblem sei. Es ist in diesem Zusammenhang wiederholt die Frage nach dem deutschen Kriegspotential aufgeworfen worden. Die deutsche Bundesregierung erklärt hiermit, daß sie das Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als eine Realität in Rechnung stelle und ihm so weit wie irgend möglich Rechnung zu tragen gewillt ist. Sie ist daher grundsätzlich zur Mitarbeit in jedem Organ bereit, das dazu dient, das etwaige Kriegspotential Deutschlands zu kontrollieren. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß in den Kreis der Sicherheitsfragen auch die Stahlproduktionskapazität fällt. Die Bundesregierung schlägt vor, sofort einen Ausschuß unter Teilnahme deutscher Vertreter zu berufen, der die Sicherheitsfrage und auch die mit ihr zusammenhängenden internationalen wirtschaftlichen Fragen prüft. Sie bittet, die Demontagen bis zum Bericht dieses Ausschusses nicht fortzusetzen, auf alle Fälle sie entsprechend zu verlangsamen. Die Bundesregierung verspricht sich von der Arbeit dieses Ausschusses eine wesentliche Förderung der europäischen Zusammenarbeit.'

Nach Abgang dieses Schreibens, am 2. November habe ich versucht, die Führer der Fraktionen von der Absendung dieser Note zu unterrichten. Ich habe das Kabinett bei seinem ersten Zusammentritt unterrichtet. Die Note hat die einhellige Zustimmung des Kabinetts gefunden. Leider war es nicht möglich, die Führer der Sozialdemokratischen Fraktion zu unterrichten, weil weder Herr Dr. Schumacher, noch Herr Schmid, noch Herr Ollenhauer erreichbar waren.

Der Bundeskanzler stellt richtig

Ich wurde dann von alliierter Seite am 7. November darauf aufmerksam gemacht, daß die Note, die ich eben verlesen habe, bei der französischen Regierung in Paris zu unbestimmt erscheine. Man wünsche von Seiten der französischen Regierung eine Erläuterung zu ihr. Auch hier wurde gebeten, diese Erläuterung am selben Nachmittag zu geben, damit sie sofort nach Paris weitergegeben werden könne. Ich habe darauf am 7. November folgende Mitteilung dem hiesigen Vertreter des französischen Hohen Kommissars übergeben lassen:

‚Das deutsch-französische Problem ist in erster Linie ein psychologisches Problem. Von diesem Gedanken war die Bundesregierung getragen, als sie in ihrem, an den geschäftsführenden Vorsitzenden der alliierten Hohen Kommission gerichteten Schreiben vom 1. November 1949 erklärte, daß sie das Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als eine Realität in Rechnung stellen würde und ihm so weit wie irgend möglich Rechnung zu tragen gewillt sei. Um sowohl im französischen wie auch im deutschen Volk die nötigen Voraussetzungen für eine endgültige Bereinigung des deutsch-französischen Problems zu schaffen, bestehe auf Seiten der Bundesrepublik die Bereitschaft, in dem mit oben angeführten Schreiben vom 1. November vorgeschlagenen Ausschuß folgende Fragen zu erörtern:

1. Beitritt Deutschlands zum Ruhrstatut;
2. Enge Zusammenarbeit mit der bestehenden Sicherheitskommission;
3. Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken;
4. Möglichst frühzeitige Beteiligung Deutschlands an der engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen Frankreich, Italien und Benelux;
5. Beendigung des Kriegszustandes.

Um auch im deutschen Volk die erforderlichen psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, müßte vor Eintritt in diese Erörterungen eine sichtbare Verlangsamung der bereits eingeleiteten Demontagen und ein Verzicht auf den Beginn neuer Demontagen ausgesprochen werden.'

Was Ziffer drei, Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken, angeht, so war mir bekannt, daß die Herren Dr. Schumacher, Ollenhauer, Henßler und Prof. Bade bei einem Besuch bei Mr. McCloy Mitte September, hinsichtlich meines Verhaltens in der Demontagefrage den Vorschlag gegenüber McCloy gemacht haben, die Thyssenhütte dadurch vor der weiteren Demontage zu retten, daß man die ausländischen Reparationsgläubiger an der Hütte beteiligen sollte, und zwar in der Form, daß die zur Demontage bestimmten Anlagen von ihnen übernommen würden und daß die Hütte unter internationale Aufsicht und Kontrolle für die Rechnung der Reparationsgläubiger arbeiten soll. Ich erinnerte mich dessen. Es war mir zufällig auch bekannt geworden, daß die Vereinigten Stahlwerke, die unbedingt 300 Millionen DM nötig haben, um ihre zerstörten Anlagen wieder produktionsfähig zu machen, nach einem Weg suchten, dieses Kapital vom Ausland her zu erhalten, da sie vom Inland her 300 Millionen DM nicht bekommen konnten. Es war mir bekannt, daß die Vereinigten Stahlwerke auf den Gedanken gekommen waren, ihr Aktienkapital um 300 Millionen DM auf 600 Millionen zu erhöhen und daß von diesen 300 Millionen DM 225 Millionen von ausländischen Gruppen übernommen werden sollten und der Rest von den Städten, in denen ihre Hauptproduktionsorte lägen, nämlich von Duisburg, Düsseldorf, Essen, Bochum und Dortmund.

Diesen Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke habe ich dem Aide Mémoire im Schlußpassus beigefügt und gesagt, daß der anliegende, von den Vereinigten Stahlwerken ausgearbeitete Entwurf als Grundlage für die Erörterung in dem oben genannten Ausschuß dienen könnte.

Ich erkläre Ihnen hiermit ausdrücklich, daß ich weder direkt noch indirekt irgend einen anderen Vorschlag an eine andere ausländische Stelle gemacht habe. Ich habe dann am 9. November, also zwei Tage nachdem ich dieses Aide Mémoire habe übergeben lassen, sämtliche Fraktionen und Gruppen im Hause hier sowohl von der Absendung der Note vom 1. November wie von diesem Aide Mémoire dadurch unterrichtet, daß ich beide Schriftstücke vorgelesen habe. Ich stelle also gegenüber all den Artikeln, die in einem Teil der deutschen Presse erschienen sind, sei es direkt, sei es in der Form von Interviews, ausdrücklich fest, daß das meine ganzen Vorschläge gewesen sind.

Drei Wünsche der Hohen Kommissare

In der Zwischenzeit hat die Pariser Konferenz stattgefunden und die drei Hohen Kommissare sind von den drei Außenministern beauftragt worden, mich über den Verlauf der Pariser Konferenz zu unterrichten. Die erste Besprechung mit den Hohen Kommissaren hat heute früh von 8.30 Uhr bis über den Mittag gedauert. Es werden dieser ersten Besprechung eine Reihe von anderen Besprechungen folgen müssen, weil die aufgeworfenen Fragen sich nicht in wenigen Stunden klären lassen. Ich darf Ihnen über die heutige Besprechung folgende Angaben machen:

Man hat mir heute mitgeteilt, daß man in einer Reihe von Punkten, die ich Ihnen gleich sagen werde, der Bundesrepublik Deutschland weitaus größere Vollmachten zu geben gewillt sei. Man hat hinzugefügt, daß man keine Bedingungen stelle, daß aber naturgemäß der Verlauf der weiteren Verhandlungen davon abhängig sei, welche Stellung wir gegenüber den Wünschen der drei Westalliierten einnehmen. Und als solche Wünsche wurden mir bezeichnet:

1. Wie sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sicherheitskommission stellt,

2. Wie sich Deutschland gegenüber der Frage des Eintritts in die Ruhrkommission und damit gegenüber dem Ruhrstatut stellt und

3. Wie sich Deutschland gegenüber der Frage der Dekartellisierung verhalte.

Und bei dem letzten Punkt habe ich erklären können, daß ein Gesetzentwurf zur Dekartellisierung bei uns in Vorbereitung sei. Was das Ruhrstatut angeht, so habe ich darauf hingewiesen, daß bei uns der Artikel 31 Bedenken errege. Dieser enthält eine ziemlich unerquickliche Bestimmung, aus der man, wenn man will, herauslesen kann, daß Deutschland einen Blankoscheck ausstellt, gegenüber allem, was von den 6 in London versammelten Mächten beschlossen wird.

Es ist mir sofort von den drei Hohen Kommissaren erklärt worden, daß sie diese Auslegung für unrichtig hielten, daß kein Mensch daran dächte, von Deutschland die Ausstellung eines Blankoschecks zu verlangen. Der Artikel soll nur besagen, daß, wenn die deutsche Regierung in die Ruhrkommission eingetreten sei, sie sich dann auch den Mehrheitsbeschlüssen fügen müsse. Aber weil, vielleicht mit Recht, bezüglich des Artikels 31 in unserer öffentlichen Meinung eine Vorstellung bestand, die uns mit ernster Besorgnis erfüllen muß, liegt mir doch daran, bei dieser Gelegenheit festzustellen, was die Auffassung der drei Hohen Kommissare über diesen Artikel ist.

Zur Frage der Sicherheitskommission habe ich erklärt, daß die deutsche Bundesregierung bereit sei, sich der Arbeit der Sicherheitskommission wohlwollend gegenüber zu stellen. Es ist dann besprochen worden, daß noch eine ganze Anzahl von Besprechungen über diesen ganzen Fragenkomplex stattfinden sollten.

Fünf Fragen stehen im Vordergrund

Man hat mir gesagt, daß die Pariser Konferenz den Hohen Kommissaren Vollmachten gegeben hätte über Fragen, die ich in meinem Schreiben nicht angegeben habe, mit der Bundesregierung zu verhandeln und Vereinbarungen zu treffen. Und zwar handele es sich um folgende Fragen:

1. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer großen Zahl von internationalen Organisationen. Man wünsche von westalliierter Seite, daß die Bundesrepublik Deutschland möglichst vielen internationalen Organisationen beitritt.

2. Man überlege, — das Gleiche tun wir übrigens auch — wie man den Kriegszustand oder die schwebenden Folgen des Kriegszustandes zwischen den Westalliierten und uns beseitigen könne. Eine etwas schwierige juristische und technische Frage.

3. Auf dem Gebiet des Schiffbau würden wir die Genehmigung zum Bau größerer und schneller Hochseeschiffe bekommen.

4. Wir würden das Recht bekommen, konsularische und Handelsvertretungen im Ausland zu errichten.

5. Zur Frage der Demontagen: Es kämen keine Änderungen in Frage bei der Kategorie 1, das ist die Reihe derjenigen Werke, die für Kriegsproduktion bestimmt sind. Bereits getroffene und ausgeführte Maßnahmen könnten natürlich nicht rückgängig gemacht werden. Aber auf den großen Gebieten, insbesondere der Stahlindustrie und der synthetischen Industrie, seien die Hohen Kommissare bereit, mit der Bundesregierung in eine Überprüfung der ganzen Angelegenheit einzutreten. Solange die augenblicklichen Verhandlungen im Gange seien, würden — ich darf den Satz wörtlich zitieren — „würden die Demontagen so verlangsamt, daß nichts von Bedeutung geschehe, was das Endergebnis der Verhandlungen präjudizieren könne".

Ich bin, ich habe mir ausdrücklich dazu die Befugnis trotz der Vertraulichkeiten der Verhandlungen geben lassen, berechtigt, Ihnen mitzuteilen, daß unter die Zahl der Werke, deren Demontage in dieser Weise verlangsamt werden wird, so daß wir mit Recht hoffen dürfen, daß sie auf Grund unserer Verhandlungen ganz eingestellt werden, folgende gehören:

Gelsenberg Benzin AG.,
Chemische Werke Hüls,
August-Thyssen-Hütte, Hamborn,
Ruhrstahl, Hattingen,
Charlottenhütte und Borsig, Berlin.

Ich muß erklären, daß damit die Bevollmächtigten eine gewisse Vorausleistung gegenüber den gestrigen Verhandlungen mit uns gemacht haben. Es sind noch andere Punkte erörtert worden, die günstig für uns sind, die ich aber, wie ich eben betonte, in diesem Stadium der Verhandlungen Ihnen hier noch nicht wiedergeben kann. Sie können überzeugt davon sein, daß Sie sofort ins Bild gesetzt werden, sobald es die Umstände gestatten. Die Verhandlungen werden nächsten Donnerstag fortgesetzt werden. Und sie werden während dieser und während der nächsten Woche stattfinden, so daß wir hoffen dürfen, vielleicht gegen Ende der nächsten Woche in allen diesen Fragen ins Reine zu kommen.

Wenn das gelingt, dann wird die Bundesrepublik Deutschland einen ganz großen Schritt nach vorwärts getan haben. Ich bitte Sie, nicht durch unangebrachte Kritik diese Verhandlungen zu stören und nicht im Ausland Befürchtungen hervorzurufen, Befürchtungen für einen neu erwachenden Nationalismus im deutschen Volk.

Und ich möchte trotz allen Mißdeutungen, die mir geworden sind, zum Schluß meiner Ausführungen folgendes sagen, folgende Worte an die Adresse des französischen Volkes richten:

Die Frage Deutschland — Frankreich ist in Wahrheit eine der Angelfragen des europäischen Geschicks. Von vielen Besuchern, die in Frankreich waren und von vielen ausländischen Journalisten höre ich, daß auch in weitesten französischen Kreisen der Wille besteht, ein für allemal den deutsch-französischen Gegensatz aus der Welt zu schaffen. Ich bitte das französische Volk und bitte die Weltöffentlichkeit, davon überzeugt zu sein, daß bei der ganz überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes der gleiche Wille besteht. (Beifall.)

*

Stärkster Beifall der Regierungsparteien und der Nationalen Rechten beendete die Regierungserklärung, während der Dr. Kurt Schumacher, der Führer der Opposition, das Manuskript seiner sich hieran anschließenden Rede ständig änderte.

Schumachers Kritik

Große Debatte nach der Regierungserklärung

Von unserem TP-Korrespondenten

v. W. Bonn. In der Debatte nach der Erklärung Dr. Adenauers vor dem deutschen Bundestag sprach als erster der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher. Als Führer der Opposition warf er der Bundesregierung vor, daß sie vor Aufnahme der Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren nicht mit dem Bundestag Fühlung genommen hat.

Dr. Schumacher betonte einleitend, daß es weder vor, noch während, noch nach den Verhandlungen von Paris über die vom Bundeskanzler Adenauer vorgetragene Auffassung eine einheitliche deutsche Meinung gegeben habe bzw. gäbe. Weder das deutsche Volk noch die Weltöffentlichkeit wisse, welche Ziele die Deutschen für die Zukunft anstreben, und welche Bedingungen bzw. Zustände sie in jedem Falle ablehnen werden. Nicht das Verhältnis von Regierung zur Opposition, sondern das Verhältnis von Regierung und Parlament müsse vor allem anderen geklärt werden. Er wolle nicht die politisch-diplomatischen Aktionen der Regierung angreifen, sondern die Opposition wende sich gegen „die politischen Prinzipien und den materiellen Inhalt der Handlungen der Regierung". Lebensfragen des deutschen Volkes und Grundsätze, nach denen Europa aufgebaut werden solle, stünden zur Debatte.

Der Oppositionschef warf Adenauer vor, daß er die von der Regierung abweichende Auffassung der Opposition zwar kenne, aber sie gänzlich unberücksichtigt gelassen habe.

„Wir leben in einer Demokratie, aber nicht in einem Staat der Regierungsparteien", rief Dr. Schumacher aus. Es handele sich selbstverständlich nicht darum, daß seine Partei übergangen worden sei, sondern darum, daß die Lokomotive des demokratischen Zuges in eine Richtung in Fahrt gesetzt worden sei, von der der Bundeskanzler wisse, daß sie nicht der Richtung von weiten Teilen des deutschen Volkes entspreche.

Dr. Schumacher warf dem Bundeskanzler vor, Geheimpolitik getrieben zu haben, die das deutsche Volk sowohl was sachliche Errungenschaften, wie was Ansehen in den Augen der Welt betrifft, nicht vorwärts gebracht habe, im Gegenteil, die deutsche Regierung habe zu verschiedenen Mißdeutungen Anlaß gegeben.

Bekenntnis zum Westen

Schumacher legte dann im Namen der Sozialdemokratie ein eindeutiges Bekenntnis „zum Geist und Stil des Westens" — wie er sich ausdrückte — ab, verwahrte sich aber gegen eine zu „prowestlerische Haltung": „Hüten Sie sich, die Sozialdemokratie, wie das bei einigen Neu-Europäern üblich ist, nationalistisch zu nennen. Sie verspielen damit einen großen Trumpf, den das ganze deutsche Volk heute schon braucht und vielleicht bald noch stärker brauchen wird", rief Schumacher unter dem Beifall seiner Anhänger den Abgeordneten der Rechten zu.

Der Oppositionschef bekannte sich sodann zu der internationalen, insbesondere der europäischen Zusammenarbeit. Diese Idee habe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

eine große Tradition. „Aber es ist die Tradition der Freiheit und Völkerverständigung und nicht die Tradition der europäischen Schwerindusarie. Diese Idee schöpfe ihre Lebenskraft aus der politischen Versöhnung der Völker, aber sie ist nicht die Idee einer Gruppe, die aus ihr wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen suche. Und wenn wir uns in dieser Stunde zur Notwendigkeit des Gefühls der Sicherheit bei allen Völkern Europas bekennen, dann müssen wir uns bemühen, den Gedanken der Sicherheit auch von seinen realen und profitpolitischen Schlacken zu reinigen."

„Die Sicherheitsforderungen der fremden Mächte", so erklärte Schumacher weiter, „werden am besten befriedigt durch eine Politik, die gewillt ist, im neuen Deutschland nichts zu verbergen." Die Sozialdemokratie wolle verhindern, daß nicht noch einmal wie es nach dem ersten Weltkrieg geschah, die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen als Landesverrat angeprangert werde. „Wir sind nicht nur für eine Anerkennung, nicht nur für das große Zusammenarbeiten mit der alliierten Sicherheitsbehörde, wir wünschen die Stärkung aller Kontrollmaßnahmen, wir wünschen eine starke Sicherheitsbehörde in Deutschland. Sicherheit kommt aber nicht nur aus der Zerstörung von Maschinen", so fuhr Dr. Schumacher fort, „Sicherheit wird getragen von lebendigen Menschen, von ihrem Friedenswillen und ihrem Vertrauen in die Zukunft."

Völker — nicht Stahlwerke

Dr. Schumacher tadelte dann den Bundeskanzler, daß er in Bezug auf Frankreich hinsichtlich der Ruhr und Saar Zugeständnisse gemacht habe, die für Deutschland auch bei Dokumentierung seines guten Willens untragbar seien. Man spreche sehr häufig von der Dokumentierung des guten Willens, so fuhr Schumacher fort, aber man vergesse dabei die Opfer, die Deutschland bereits gebracht habe, auch wenn diese Opfer nur in dem beständen, was man Deutschland fortgenommen habe. Nicht ökonomische Machthaber, sondern die Völker Frankreichs und Deutschlands sollen zueinander Vertrauen fassen.

Der Oppositionsführer kam in diesem Zusammenhang auf die Frage der deutschen Kriegsgefangenen zu sprechen. Er prangerte die unmenschlich harten Urteile in vielen Fällen an und richtete an den Bundeskanzler den Wunsch, die französische Regierung um eine Nachprüfung der Urteile zu ersuchen.

Dr. Schumacher verwahrte sich — unter lebhaftem Beifall seiner Anhänger — dagegen, daß bei der Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses ein Teil der deutschen Wirtschaft, nämlich die Vereinigten Stahlwerke, Sprecher des deutschen Volkes in außenpolitischen Fragen geworden sei. Der Bundeskanzler habe sich hier der Fahrlässigkeit schuldig gemacht, indem er das in dem Schriftsatz der Vereinigten Stahlwerke ausgesprochene Ansuchen auf einen Kredit in Höhe von 225 Millionen Mark ungesehen, das heißt, ungeprüft, unterschrieben habe. Schumacher erklärte, daß niemand in den Augen des deutschen Volkes so wenig Anspruch auf politische Führung habe wie die Kreise der westdeutschen Schwerindustrie, denn diese hätten entscheidende Beiträge zu Katastrophen der deutschen und der europäischen Geschichte geleistet. Nie und nimmer hätte der deutsche Bundeskanzler die französische Schwerindustrie bei der Regelung des deutsch-französischen Verhältnisses als einen entscheidenden Faktor ansehen dürfen, wie es durch die Billigung des Antrages der Vereinigten Stahlwerke an die französische Schwerindustrie geschehen sei.

Schumacher fragte dann den Bundeskanzler, welche Rolle der Bankier Pferdmenges bei den kürzlich gepflogenen Verhandlungen und bei dem Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Acheson gespielt habe. „Denn wir wünschen die deutsche Bundesregierung durch Mitglieder des Kabinetts repräsentiert zu sehen, aber nicht durch Bankiers."

Zur Demontagefrage schlug der Oppositionsführer dem Bundeskanzler vor, die internationale Sicherstellung aller für die Reparation vorgesehenen Betriebe zu beantragen: „Wir haben nicht einen Demontagestop als Gegenleistung, wir haben einen Stop für Teile der für die Demontage bestimmten Betriebe." Weiter verlangte der Oppositionsführer von dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und dem Wirtschaftsminister Rechenschaft über etwaige Zugeständnisse, die sie als Äquivalent für einen Teil-Demontage-Stop gegenüber den Alliierten gemacht haben.

Sodann fragte Dr. Schumacher: „Ist der Herr Kanzler bereit, jetzt oder bei kommenden Verhandlungen einmal den Versuch zu machen, die Politik der Koppelung und der gegenseitigen Abhängigmachung von ganz verschiedenen Faktoren zu bekämpfen und für ihre Überwindung bei den Alliierten einzutreten?" In diesem Zusammenhang verwies Dr. Schumacher als Beispiel auf die gegenseitige Abhängigmachung des Eintritts in die Ruhrbehörde einerseits und der Einstellung der Demontagen andererseits.

Die Frage des Saargebiets

Dr. Schumacher kam dann auf die Saarfrage zu sprechen. Er stellte fest, daß selbst nach französischer Auffassung der französische Rechtsstandpunkt hier reichlich unsicher sei. Die Saar gehöre politisch zu Deutschland. Der Oppositionsführer zitierte in diesem Zusammenhang den französischen Sozialistenführer Blum, der erklärt hat, die Forderung nach Eintritt von Vertretern des Saargebietes in den Europarat wäre weder angebracht noch berechtigt. Schumacher warf dem Kanzler vor, in der Saarfrage ein etwas übereiltes und ungeprüftes Angebot gemacht zu haben.

„Im Ausland ist man bereits der Meinung daß Deutschland seinen guten Willen nicht beeinträchtigen würde, wenn es bei gewissen für ihn lebenswichtigen Punkten Einwendungen und Bedenken vorträgt", erklärte Schumacher unter Bezugnahme auf die Züricher Zeitung, und fuhr dann fort: „Uns bleibt unverständlich, warum in der außenpolitischen Konzeption der Regierung eine solche Politik der notwendigen Einwendungen und Bedenken keinen Niederschlag findet.

Dr. Schumacher behauptete weiter, daß durch das Zugeständnis in der Saarfrage die Regierung nun Gefahr laufe, die politische und moralische Position der Deutschen im Kampf um die Rückgewinnung der Gebiete östlich der Oder und Neiße zu zerstören." Die ganze Politik der Angebote auf der Grundlage der Nicht-Äußerung von deutschen Wünschen und Notwendigkeiten führe zu einer Schwächung der deutschen Position., ohne die europäische Situation zu verbessern.

Zum Schluß seiner Rede kam der Oppositionsführer auf die Personalpolitik der Regierung zu sprechen und auf das Vertrauen, das das Ausland in diesem Zusammenhang auf Deutschland setzt. Dr. Schumacher warnte nachdrücklich davor, ehemalige prominente Nationalsozialisten oder sonstwie belastete Personen mit Aufgaben zu betrauen, die Zeugnis ablegen sollen von dem neuen demokratischen Geist in Deutschland und von der Bereitschaft der Zusammenarbeit in diesem Geiste mit den anderen Völkern Europas.

Behördenapparat wird vermindert

D.P. Stuttgart. „Es gilt, den Staat zu sanieren", so erklärte der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Maier bei einer Pressekonferenz am Dienstag nachmittag, auf der er die Grundzüge der kommenden Verwaltungsreform bekanntgab, zu der sich der Ministerrat am Montag in stundenlangen Verhandlungen geeinigt hat. Da diese Verwaltungsreform Änderungen von Landesgesetzen notwendig macht, wird sie von der Regierung im Landtag zur Diskussion gestellt werden. Es gelte, so führte der Ministerpräsident aus, nach den Jahren der Improvisation nun die Konsolidierung der Länderverhältnisse durchzuführen. Bei dem Übergang von ehemaligen Reichsaufgaben, die auf die Länder übergegangen waren, auf den Bund sei mit einer Laufzeit von etwa einem viertel bis einem halben Jahr zu rechnen.

Die Vorschläge, nach denen der Ministerrat die Verwaltungsreform durchzuführen gedenkt, sehen vor, daß zunächst einmal die Altersgrenze der Beamten auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt wird und daß ein Antrag auf Pensionierung auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit schon vom vollendeten 62. Lebensjahr an sowohl von der Behörde als auch von den Beamten gestellt werden kann. Grundsätzlich darf jede zweite freiwerdende Stelle für Beamte, Angestellte und Arbeiter nicht wieder besetzt werden. Diese Bestimmung wird im Wege der Verwaltungspraxis sofort in Kraft gesetzt. In den Ministerien und Landesdirektionen, deren Geschäftsbereich durch die Errichtung der Bundesrepublik oder durch den Abbau der Zwangswirtschaft stark eingeschränkt wurde, wie Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsministerium werde ein zunächst verringerter Anfangs- und ein noch weiter gekürzter End-Personalplan für das kommende Etatjahr festgesetzt, dessen Einschränkungen erreicht werden müssen.

Ministerpräsident Maier betonte, der Personalstand jedes Ministeriums werde der Reform unterworfen. Es sei vorgesehen, Arbeits- und Verkehrs-Ministerium an das Wirtschafts-Ministerium anzugliedern. Es könne damit gerechnet werden, daß der Beamtenapparat im Durchschnitt zu Beginn des neuen Etatjahres um 7 bis 8 % und zum Ende um 15 bis 20 % verringert werde, wobei sich bei einzelnen Kategorien — Lehrerschaft und Polizei — keine Abbaumöglichkeiten ergäben. Es sei zu erwarten, daß bis 30. März 1950 eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolge, was die Verwaltungs-Vereinfachung weiter erleichtere.

Auf die Frage, ob sich der Ministerrat schon mit dem Schreiben des südbadischen Staatspräsidenten Wohleb befaßt habe, antwortete Dr. Maier, dies werde erst bei den Beratungen am Mittwoch der Fall sein.

Wie wir zu der Verwaltungsreform ergänzend erfahren, beträgt zurzeit die Zahl der in Nordwürttemberg im Staatsdienst beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter 26 966, im Landesbezirk Baden 18 230 und im Lande Württemberg-Hohenzollern 17 392. Im Jahre 1936 betrug sie für das Land Württemberg 22 577.

Für Württemberg erledigt

Keine Wiederaufnahme des Falles Schacht

D.P. Stuttgart. Die Zentral-Berufungskammer für Nordwürttemberg hatte am 13. Juni 1949 ihre Zuständigkeit für die Aburteilung des Falles des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht verneint und das Verfahren eingestellt. Diese Kassation war seinerzeit aufgehoben worden, so daß das Verfahren eigentlich vor der Zentral-Berufungskammer erneut hätte durchgeführt werden müssen. Da man sich darüber klar war, daß eine etwa zu Ungunsten von Dr. Schacht ergehende neue Entscheidung nicht vollstreckt werden könnte, da die zuständige Landesregierung von Niedersachsen, in deren Bereich sich Dr. Schacht zur Zeit aufhält, ein Auslieferungsverfahren abgelehnt hat, wurde jetzt auf eine neue Verhandlung verzichtet. Außerdem wäre es nicht zu verantworten, etwa 20 000 DM veranschlagte Kosten für ein aussichtsloses Verfahren auszugeben wegen einer Persönlichkeit, welche in keiner Beziehung zum Land Württemberg steht.

Eisenbahnzug in den Fluß gestürzt

Schweres Unglück in Südafrika

Johannesburg (TP). Ein Zug mit etwa 500 Eingeborenen stürzte in Osttransvaal von einer 16 Meter hohen Brücke in einen Fluß. Etwa 70 Reisende fanden den Tod. Die meisten von ihnen befanden sich auf der Heimreise von einer Grube in portugiesisch Ost-Afrika, wo sie als Bergarbeiter gearbeitet hatten.

Gegen Moskaus Stimmen angenommen

Atomkontrolle-Antrag im Sonderausschuß

Lake Succes (TP). Der Politische Sonderausschuß der UN nahm einen französisch-kanadischen Antrag zur Kontrolle der Atomenergie an. Alle Staaten werden ersucht, bei der Kontrolle der Atomenergie auf ihre Souveränitätsrechte zu verzichten. Gegen den Antrag stimmten die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten. Bei der großen Stimmenmehrheit für den Antrag, dürfte seine Annahme durch die UN-Vollversammlung gesichert sein.

Graues Elend in Albanien

Zwangsarbeitsdienst für ein hungerndes Volk — Lebensmittelknappheit auch in Jugoslawien

Triest (TP). Aus Albanien treffen alarmierende Nachrichten über die Verschärfung der Notlage und die äußerst schwierige Lebensmittelversorgung ein. Seit mehreren Wochen gibt es in den albanischen Städten weder Butter, Öl, noch Fleisch. Das Brot ist mit Mais- und Kartoffelmehl gemischt und schwärzer als während des Krieges. Die Verproletarisierung der hungernden Bevölkerung macht rasche Fortschritte.

Nun ist zu all diesem Elend ein Regierungsgesetz erschienen, das für die gesamte Bevölkerung vom 12. bis zum 65. Lebensjahr die Einbeziehung in den Zwangsarbeitsdienst vorsieht. Zu diesem Zwangsarbeitsdienst, der von der offiziellen Propaganda als „freiwillige Aufbauhilfe" bezeichnet wird, können Kinder und Erwachsene beider Geschlechter herangezogen werden.

Auch Jugoslawien leidet immer noch unter einer kaum vorstellbaren Waren- und Lebensmittelknappheit. Sämtliche Lebensmittel, selbst Gemüse und Kartoffeln, sind in diesem typischen Agrarland noch stark rationiert. Vor den Lebensmittelgeschäften stehen die Menschen stundenlang Schlange, um ihre Tagesration entgegenzunehmen. Die meisten Geschäfte wurden verstaatlicht und sind meistens am Nachmittag geschlossen, da das Personal zum „freiwilligen" Arbeitsdienst aufgeboten wird. Der durchschnittliche Monatslohn eines Arbeiters oder eines Angestellten schwankt zwischen 3000 bis 4000 Dinar, aber ein Paar Schuhe kostet 6000 bis 7000 Dinar. Die meisten Schaufenster sind leer oder enthalten Verlegenheitsartikel. In keinem fehlt jedoch ein Bildnis Marschall Titos. Wichtige Bedarfsartikel wie Nägel, Bleistifte und Schreibpapier sind so gut wie nicht zu erhalten. Auch an Medikamenten herrscht immer noch ein empfindlicher Mangel.

Rokossowski läßt „säubern"

Drei polnische Parteifunktionäre abgesägt

Warschau (TP). In Polen wurden drei der höchsten kommunistischen Parteifunktionäre ihrer Posten in der Partei enthoben. Es handelt sich um den früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten Gomulka, den stellvertretenden Justizminister Kliskow und den Minister für Wiederaufbau, General Spychalski. Sie bleiben Parteimitglieder, aber im Fall Gomulka und Kliskow wurde entschieden, daß sie unter keinen Umständen ein Parteiamt mehr annehmen können. In einem Kommuniqué heißt es, Gomulka und Kliskow hätten es unterlassen, kommunistenfeindliche Agenten zu entlarven. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß auf diese neueste Aktion gegen polnische Kommunistenführer ein großer Prozeß folgen werde. Nach der Ausschließung von Gomulka, Kliskow und Spychalski beschloß der Zentralausschuß der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, vier neue Mitglieder zu ernennen, darunter Marschall Rokossowski.

MARIA WINTER

GEFAHR für Stefan

ROMAN Copyright 1949 by Verlag Helmut Seiler Stuttgart

50. Fortsetzung

Nein, ein Vogelnest war es diesmal nicht. Dagegen sprach vor allem die Sonntagsschürze.

Erst auf der Schwelle von Bayerles Zimmer erkannte Amrei, daß es der Ernst des Todes gewesen war, den sie in den Augen der Babusch gesehen hatte, und daß die Feierlichkeit der Sonntagsschürze davon herkam, daß die Babusch das Sterben wie das Geborenwerden als Feieranlaß empfand.

Die Babusch nahm das Tuch vom Gesicht des Toten. Ein friedliches und fast glückseliges Lächeln verklärte das eingesunkene wächserne Antlitz. Die alte Frau, deren Art es nicht war, Überflüssiges zu sagen, schwieg. Daß er glücklich gestorben war, konnte man ihm ansehen, und daß es gut war, daß er gestorben war, darüber gab es kein Wort zu verlieren. All die Gedanken, die einem angesichts des Todes den Sinn verdunkeln, blieben besser unausgesprochen. Jeder trägt seinen Schatten mit sich herum, dachte die Babusch.

Amrei wunderte sich, daß dieser Tod ihr das Licht nicht raubte, das seit der Begegnung mit Stefan in der Bank in ihr leuchtete. Sie fühlte Mitleid mit dem Menschenwesen, das so plötzlich ausgelöscht war, aber vor dem toten Bayerle graute es ihr nicht so sehr wie vor dem lebendigen. Sie schämte sich fast, dies zu erkennen, und auch daß sie dieses schnelle Sterben als ein gutes Ende für den hoffnungslos Kranken empfand.

*

Auf der Fahrt nach Garmisch, die er sofort nach Bankschluß angetreten hatte, versuchte Stefan sich ein Bild von Bayerles Gedankengängen und von der Ausführung seiner Tat zu machen. Daß es eine Verzweiflungstat war, darüber war er sich klar. Erst seitdem Stefan den Worten Dr. Uhlschmidts entnommen hatte, daß er von der Schuld Bayerles überzeugt war, wagte auch er daran zu glauben und sich Einzelheiten auszudenken.

Wahrscheinlich war Bayerle durch Krankheit und gewagte Spekulation nicht einmal soviel geblieben, daß er die zwei, drei Jahre, die er noch zu leben hatte, seinem Gesundheitszustand entsprechend hätte leben können. Er hätte sich mit seiner Pension zufrieden geben müssen.

Und nun fiel es Stefan wie Schuppen von den Augen. Bayerle hatte wohl seit langem mit dem Gedanken gespielt, Geld an sich zu bringen, das ihm nicht gehörte. Täglich gingen ungeheure Summen durch seine Hände. Er brauchte nur zuzugreifen, sie lagen vor ihm, von ihm gezählt und gebündelt, auf Zählbrettern in Bündeln aufgereiht. Täglich und stündlich mußte er mit dem Gedanken gerungen haben, eine größere Summe an sich zu bringen, um damit einen bescheidenen Rest seines Lebensplanes zu retten.

Aber ein Kassier einer großen Bank weiß zu genau, wie schnell eine solche Tat entdeckt und gesühnt wird. Er wußte, er mußte etwas finden, was niemand nachweisen konnte, wofür es keinen Zeugen gab. Der Gedanke dazu war ihm wahrscheinlich gekommen, nachdem sich Stefan von ihm verabschiedet hatte. Was war einfacher, als zu sagen, der Kollege Lechner habe 5000 Mark von dem Zählbrett genommen, in dem Augenblick, in dem Bayerle die Türe zum Tresorraum aufsperrte? Die Summe freilich war klein, aber war sie nicht besser als nichts? Dann war nur noch eines notwendig, glaubwürdig lügen zu können. Bei Annette war es ihm sofort gelungen, er hatte das Glück gehabt, sie in einem Augenblick und der bösen Kunde zu überraschen, in dem das Zerwürfnis mit ihm sie an einen Zusammenhang zwischen dieser Tat und dem Streit vom Abend vorher denken ließ. In der Bank schwieg Bayerle selbstverständlich. Er war wohl bis zu seiner Begegnung mit ihm in Garmisch überzeugt, daß die Angelegenheit ein Geheimnis der drei Nächstbeteiligten bleiben könnte. Erst in Garmisch schien ihm wohl der Gedanke gekommen zu sein, daß es vielleicht auf die Dauer doch nicht möglich sein würde, die Beschuldigung aufrecht zu erhalten. Darum hatte er wohl in einem verzweifelten Kraftaufwand, ihn zur Flucht überredet. Daß ihm das gelungen war, mußte ihn ungeheuer befriedigt haben. Der einzige Mensch, der gegen ihn hätte auftreten können, der hätte sagen können, nein, es ist nicht wahr, war aus dem Weg geräumt.

Wenn ich nicht umgekehrt wäre, dachte Stefan, während es ihn kalt überlief, wenn ich nicht umgekehrt wäre! Annette hätte mich ihr Leben lang für einen Schuft gehalten.

Je mehr er über Bayerles Tat nachgrübelte desto unbegreiflicher wurde es ihm, wie ein Mensch sich so vergessen konnte. Bei aller Raffiniertheit des Gedankens war es doch höchst ungewiß, ob Annette das Geld aufbringen würde. Vielleicht hätte er, wenn Annette versagt hätte, das Geld aus dem Tresor genommen und die Bank auf ihn gehetzt? Dann hätte Bayerle es wesentlich schwieriger gehabt. Es hätte Verhöre und Gegenüberstellungen gegeben, und schließlich hätte man ihm vielleicht doch mehr geglaubt als dem geizigen und geldsüchtigen Bayerle.

Stefan machte sich klar, daß es nicht leicht sein würde, Bayerle zur Zurücknahme der Verdächtigung und der Herausgabe der 5000 Mark zu bewegen. Die Angst vor dem Nichts würde ihm ziemlich viel Widerstandskraft geben. Er überlegte genau, welche Aussichten er im Falle eines Untersuchungsverfahrens hätte. Was sprach für seine Entlastung und für Bayerles Schuld? Man würde ihrer beider Vergangenheit nachforschen. Für ihn sprach, daß er keine nennenswerten Schulden hatte, daß er immer mit seinem Gehalt ausgekommen war und daß er keine kostspieligen Neigungen hatte. Daß er heiraten wollte und regelmäßige Beträge in eine Bausparkasse zahlte, würde auch kein ungünstiges Licht auf ihn werfen. Gegen ihn sprachen der Tatbestand seiner Flucht, die Absicht, seinen Posten in der Bank zu verlassen, den Dixi zu verkaufen und ins Ausland zu verschwinden. Für ihn sprachen jedoch dann seine Umkehr, der pünktliche Arbeitsbeginn nach dem zweitägigen Urlaub und die Tatsache, daß er selbst ein Verfahren gegen sich beantragt hatte. Für Bayerle sprachen seine Unbescholtenheit während seiner langen Dienstzeit als Bankkassier, sein bescheidenes Leben, das zunächst keinen Anhaltspunkt für die Notwendigkeit, sich um jeden Preis Geld zu verschaffen, gab, und die Tatsache, daß wirklich kein Fehlbetrag entdeckt werden konnte, daß also angenommen werden konnte, daß Bayerle mit dem von Annette empfangenen Geld den von ihm entdeckten Fehlbetrag gedeckt habe, eine spurlose Angelegenheit, für die es keine Zeugen gab und an der Bayerle, mit umso größerer Sicherheit festhalten konnte, weil ihm niemand das Gegenteil beweisen konnte. Gegen Bayerle sprach vor allem die sehr schwerwiegende Tatsache, daß er den Diebstahl nicht gemeldet hatte, aber sowohl ihm als auch Amrei vorgelogen hatte, er habe die Sache in der Bank gemeldet, die Bank habe die Polizei mit der Verfolgung des Diebes betraut, und man sei ihm auf den Fersen. Gegen ihn sprachen auch sein Geiz, der auf ausgesprochene Geldgier schließen ließ, sein durch Spekulation entstandener Vermögensverlust und die Tatsache, daß er infolge dieses Verlustes und der durch sein Leiden entstandenen großen Ausgaben vor dem Nichts stand. Außerdem würde nachgeforscht werden, wann und mit welchen Mitteln er sich neu ausgestattet hatte. Es würde für den Untersuchungsrichter nicht leicht sein, die Wahrheit zu finden, zumal es für die meisten Behauptungen und Beweismomente keine Zeugen gibt.

Fortsetzung folgt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Vorgeführt und angepriesen

Auf dem Ettlinger Martini-Markt

Weder jung noch alt ließen sich durch den frostigen Novemberwind davon abhalten, zum Martinimarkt durch die Marktstraße zu schlendern. Da das ambulante Gewerbe sich z. T. motorisiert hat, können einige Verkaufsstände eine Menge Waren auftischen. Wie wohl schon vor 1000 Jahren in der Marktstadt Ettlingen, die dem heiligen Martin schon früh ein Kirchlein geweiht hatte, so entwickelte sich auch jetzt wieder zwischen Schloß, Rathaus und Kirche ein buntes Marktleben. Während man in den Ladengeschäften höchstens mit einem bescheidenen „Sie wünschen bitte?" empfangen wird, hallt es einem auf dem Martinimarkt schon von weitem entgegen: „Kaufen Sie bei mir! Mein siebenteiliges Taschenmesser ist für alle Zwecke geeignet." Gleich daneben liegen Textilien, Schuhe, Schüsseln, Wannen. Alles wird lebhaft vorgeführt und laut angepriesen. Während dieser marktschreierischen Stunden sind die einheimischen Geschäfte gewissermaßen an die Wand gedrückt. Aber für manchen ist es doch eine Lehre, daß man das Publikum immer wieder ansprechen und ihm etwas zeigen muß. Auch die Ladengeschäfte sind ja einst aus solchen beweglichen Verkaufsständen entstanden und von dieser Beweglichkeit muß man eben einiges behalten, um im Wettbewerb bestehen zu können. Damit sei nicht gesagt, daß man alle Ettlinger Geschäftsleute vor ihre Läden treten und ihre Waren ausrufen sollen. Die Hauptsache ist, daß man Auge und Ohr der Käufer findet. Wenn das erreicht wird, dann ist es vielleicht kein Schaden, daß einige Male im Jahr eine längst vergangene Zeit mit ihren bunten Ständen und lauten Rufen in unsere zivilisierte Gegenwart einbricht und richtige Marktstimmung schafft.

Möbelkauf durch Möbelsparen

Die Sparkassenorganisation in Nordbaden hat sich in Zusammenarbeit mit den Verbänden des Möbelhandels, des Schreinerhandwerks und des Tapezier- und Sattlerhandwerks entschlossen, das Möbelsparen einzuführen.

Dabei wurde größter Wert auf ein einfaches System gelegt, um die Kreditkosten möglichst nieder halten zu können. Das Möbelsparen arbeitet auf der Grundlage „50% ansparen, 50% kreditieren". Der Möbelkäufer verpflichtet sich der Sparkasse gegenüber, die Hälfte der Kaufsumme zunächst anzusparen. Die Kaufsumme soll in der Regel 2000.— DM nicht übersteigen. Dadurch ist auch das Darlehen auf 1000.— DM nach oben begrenzt. Die Ansparzeit soll nicht länger als 10 Monate, höchstens 12 Monate dauern.

Nach Ansparung des halben Kaufpreises gewährt die Sparkasse dem Sparer ein Darlehen in gleicher Höhe zu den banküblichen Zinsen. Der Sparer verpflichtet sich, das Darlehen durch Raten in gleicher Höhe zu tilgen, wie er sie bisher während der Ansparzeit gezahlt hat.

Ein besonderer Vorteil besteht für diejenigen Sparer, deren Möbel infolge Kriegseinwirkung zerstört wurde. Sie können die Aufwendungen für den Möbelkauf als Sonderausgaben bei der Lohn- und Einkommensteuer geltend machen, wodurch eine wesentliche Steuerersparnis erzielt wird.

Das Möbelsparen stellt eine wirksame Hilfe für alle Bevölkerungskreise dar, die dringend eine Hausratausstattung benötigen.

Heimkehrer am 11. Nov.: Albert Katzenberger, techn. Rb.-Sekr., Drachenrebenweg 4, aus russ. Gefangenschaft, Lager 7168/11 in Minsk, Entl.-Durchgangslager Ulm a. D.

•

Ausländische Fälscher bestraft

Ein Hauptbeteiligter der Ettlinger Fälschertauschstelle, von der in der EZ vom 27. Okt. berichtet wurde, hatte sich jetzt vor einem amerikanischen Militärgericht in Karlsruhe zu verantworten. Der 23-jährige polnische DP Alexander Telicki erhielt 8 Monate Gefängnis, weil er gefälschte Zuckermarken besaß und Papier zu deren Druck beschafft hatte. Seine Frau erhielt wegen Hehlerei 1 Monat Gefängnis. Die Aufdeckung der Fälschertauschstelle in Ettlingen hat es der Kriminalpolizei ermöglicht, die Verbindungen mit anderen Orten festzustellen und weitere Beteiligte festzunehmen.

•

„ULI" zeigt:

Gutmütiges Wohnungsamt in — — Wien!

„Kleine Melodie aus Wien", so betitelt sich der Film, der ab Freitag in den Union-Lichtspielen vorgeführt wird.

In der Villa eines Mittelschulprofessors wird vom Wohnungsamt eine junge Witwe mit drei Kindern eingewiesen. Begreiflicherweise lehnt sich der Professor gegen die „Eindringlinge" auf, bis er schließlich eines Besseren belehrt wird. Diese einfache, heute alltägliche Handlung hat Robert Stolz mit einschmeichelnden wienerischen Melodien untermalt. Die Besetzung darf man als eine besonders gelungene Starparade bezeichnen. Paul Hörbiger, herzlich und fröhlich wie immer, und Maria Andergast, von bestechender Einfachheit in ihrer Rolle als junge Witwe. Glänzend ist Anni Rosar in ihrem Element als Hausdrachen und eine Bombensache natürlich der Urwiener Fritz Imhoff als polternder und doch gutmütiger Abteilungsleiter des Wohnungsamts. Und nicht zuletzt Theodor Dannegger und Karl Schwetter, die ein komisches Vater- und Sohngespann verkörpern.

Die „Kleine Melodie aus Wien" ist ein angenehmer Unterhaltungsfilm, der Herz und Ohr des Beschauers erfreut — und gewinnt. (Möge dieser Erfolg beim Publikum bald auch unseren Wohnungsämtern beschieden werden!)

Geburtstage

Seinen 60. Geburtstag feiert morgen Friseurmeister Edmund Lechner. Über seinen großen Kundenkreis hinaus ist Herr Lechner als humorvoller Förderer der heimatlichen Überlieferung bekannt.

In diesen Tagen hat auch Herr Fritz Neumann sein 60. Lebensjahr vollendet. Nach vieljähriger Tätigkeit am Finanzamt hat er sich jetzt als Helfer in Steuersachen niedergelassen. Herzliche Glückwünsche!

•

Goldene Hochzeit

Spinnerei. Am 18. Nov. feiern die Eheleute Wilhelm Süß und Frau Erna, geb. Thiebauth, das Fest der Goldenen Hochzeit. Herr Süß stammt aus Karlsruhe-Rüppurr, wogegen seine Frau in Friedrichstal geboren ist. Seit 1892 wohnt die Familie in der Kochmühle, wo der Jubilar heute noch mit seinem Sohn die Mühle betreibt. Der Ehe entsprossen sechs Kinder. Möge dem Ehepaar noch recht lange Jahre die Gesundheit erhalten bleiben. Unsere besten Glückwünsche!

Verbindung Herrenalb—Pforzheim über Marxzell—Schwann—Neuenbürg

Eine recht erfreuliche Verbesserung der Zuganschlüsse von Neuenbürg nach Pforzheim ist ab 14. Nov. in Kraft, so daß den mit dem Omnibus der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft aus Richtung Herrenalb—Marxzell—Conweiler—Schwann in Neuenbürg ankommenden Fahrgästen um 7.19 Uhr ein günstiger Zuganschluß nach Pforzheim geboten ist. Die Abfahrts- und Ankunftszeiten in Herrenalb, Neuenbürg und Pforzheim sind wie folgt:

Werktags:

5.55	14.15 ab	Herrenalb über Marxzell	an	13.50 18.50
7.00	15.15 an	Neuenbürg Bhf. Anschlüsse	ab	12.50 17.50
7.19	— ab	Neuenbürg	an	12.43 17.47
7.31	— an	Pforzheim	ab	12.25 17.26
7.20	15.46 ab	Neuenbürg	an	— 16.52
7.47	16.15 an	Wildbad	ab	W 16.30

Man freut sich, auch hier wieder feststellen zu können, daß die Zusammenarbeit zwischen den interessierten Gemeindeverwaltungen, der Eisenbahn und den Omnibusunter-Verkehrsverhältnisse im Bezirk beigetragen und auch jetzt wieder zu einem guten Erfolg geführt hat.

Und die Strecke Ettlingen—Karlsruhe?

Hoffentlich können nun auch die völlig veralteten Zustände bei der Albtalbahnstrecke Ettlingen—Karlsruhe so geändert werden, daß die Fahrgäste zufriedengestellt werden. Es wäre sonst nicht länger zu verantworten, daß man nicht auch auf dieser überlasteten Strecke moderne Omnibusse einsetzt.

Aus dem Albgau

Herrenalb

Beschlüsse des Gemeinderats

Herrenalb. Die allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit elektrischer Arbeit aus dem Niederspannungsnetz des Städt. Elektrizitätswerks werden wie folgt geändert:

Für die Errichtung von Neuanschlüssen an die Ortsnetzverteilungsleitungen sind bei einer Länge von nicht mehr als 50 Meter und einem Leitungsquerschnitt von 100 qmm Kupfer oder 25 qmm Aluminium für einen Zweileiteranschluß 35 DM, für einen Dreileiteranschluß 50 DM und für einen Vierleiteranschluß 65 DM zu entrichten. Die Kosten für die Erweiterung eines Zwei- und Dreileiteranschlusses belaufen sich für jeden weiteren Einphasenanschluß auf 20 DM. Werden die Leitungsquerschnitte überschritten, so wird der sich daraus ergebende Mehraufwand zusätzlich mit der Rechnung gestellt. Für die Wiederanbringung von Meßeinrichtungen werden für Wechsel- und Drehstromzähler sowie für Schaltuhren je 3 DM berechnet.

Auf Grund der vom Gemeinderat an den Ortsschulrat gerichteten Anträge hat der Ortsschulrat u. a. wegen der Besetzung der vierten ständigen Lehrstelle den Wiederbesetzungsbericht erstattet. — Ein Antrag auf Errichtung einer Frauenarbeitsschule während der Wintermonate wurde dem Kultministerium vorgelegt. — Bedürftige Eltern können in Zukunft Anträge auf kostenlose Überlassung von Lernmitteln stellen; über die Gesuche entscheidet der Gemeinderat. —

Ein Einwohner beabsichtigt, beim Skigelände auf der Talwiese während der Dauer der Wintersportmöglichkeiten einen Verkaufsstand für Genußmittel sowie Rauchwaren und warmen Getränken zu errichten. Der Antrag wurde vom GR befürwortet. Das Forstamt Herrenalb-Ost hat die Genehmigung zur Aufstellung dieser Verkaufshütte auf dem Forstgelände bereits erteilt. — Aus dem den Klostergemeinden kürzlich überwiesenen Ablösungsbetrag gelangt demnächst eine Kopfquote in Höhe von 19 DM für die Berechtigten in Herrenalb für das Jahr 1949 zur Auszahlung. O.R.

Ettlinger Marktpreise vom 16. November

Obstzufuhr: ca. 50 Zentner

Obst: Bananen (Stück) 30—45, Zitronen 15 bis 20, Datteln (Pfd.) 1.20, Äpfel 20—35, Birnen 30—40, Kastanien 60, Nüsse 1.90, Trauben 70, Quitten 20—40, Orangen 30, gedörrte Zwetschgen 1.00, Rosinen 1.40.

Gemüse: Endivien 10, Kopfsalat 20, Kohlrabi 10, Meerrettich (Pfd.) 1.60, Wirsing 20 bis 25, Weißkraut 15, Karotten 20, Rote Rüben 15, Zwiebeln 20—25, Kartoffeln 9, Tomaten 30, Rotkraut 15, Spinat 20—25, Feldsalat 20—25, Knoblauch (200 g) 70, Rettiche (Stück) 10, Sellerie 25, Weiße Rüben 10, Schwarzwurzeln 70, Rosenkohl 75—80.

Fische: Goldbarsch-Filet 1.05, Seelachs-Filet 80, Kabeljau-Filet 95, Rollmopse (Stück) 20, Lachs (100 g) 65, Bücklinge 80, Grüne Heringe 45, Salzheringe 55, Kieler Sprotten 1.10. Holl. Suppenhühner (Pfd.) 2.60.

Pferdefleisch u. -Wurst: Fleisch 1.10, Wurst 1.50, Salami 1.70, Leber 1.20, Fett 1.70, Wurst (Stück) 25, Rauchfleisch 1.70.

ff. Wurstwaren: Lyoner 100 g) 40, Leberkäs 50, Schinkenwurst 55, Bierwurst 55, Thür. Leberwurst 60, Thür. Blutwurst 65, Zungenwurst 60, Bierschinken 60, Hausmacher 60, Wiener 65, Teewurst 65, Salami 75, Schweinerippchen 90, Dürrfleisch 90.

Südwestdeutsche Nachrichten

Zur Wahrung der badischen Belange

Karlsruhe (TP). In einer Stellungnahme zur Landtagsdebatte über die Neugliederung im Südwesten erklärt Oberregierungsrat Dr. Werber u. a., daß auch Abgeordneter A. Möller 1947 die Benachteiligung der badischen Hochschulen verhindert habe, indem er sich im Finanzausschuß dagegen zur Wehr setzte, daß den badischen Hochschulen die sogenannten Vorratsstellen im Lehrkörper gestrichen werden sollten, während man diese der Technischen Hochschule Stuttgart belassen wollte. Zu dem Rundschreiben des Landesbezirkspräsidenten Dr. Kaufmann bemerkt Dr. Werber, daß diese klare Propaganda für den Südweststaat unter Ausnützung der Dienststellung Dr. Kaufmanns erfolge, „sowohl was den Einsatz öffentlicher Mittel zu diesem Zweck betrifft, als auch im Bezug auf den einschüchternden Ton seines Rundbriefs, mit dem er seine Beamten zu einer bejahenden Haltung gegenüber dem Südweststaatgedanken zu veranlassen sucht". Jetzt werde auch klar, warum der von der CDU vorgeschlagene Oberbürgermeister Dr. Braun (Mannheim) nicht zum Landesbezirkspräsidenten von Nordbaden ernannt worden sei: „Der Umstand, daß er sich nicht bedingungslos für den Südweststaat festlegte, genügte also, um diesen Verwaltungsbeamten von hohem fachlichen Können und politischen Qualitäten zu übergehen." Dieser Posten sei dann von Stuttgart durch einen zuverlässigen „Groß-Schwaben" besetzt worden. Es sei zu hoffen, daß die badische Bevölkerung bei der Abstimmung der Männer gedenke, die trotz aller staatlichen Versuche, sie politisch mundtot zu machen, die Belange ihrer badischen Heimat zu wahren suchten.

Hohe Auszeichnung durch den Papst

Mannheim (TP). Mannheims Ehrenbürger und Ältester der katholischen Priesterschaft, Prälat Josef Bauer, wurde durch Papst Pius XII. zum apostolischen Protonotar ernannt. Mit dieser Würde, die nur vom Papst persönlich verliehen werden kann, ist das Recht verbunden, Mitra, Brustkreuz und Ring zu tragen und Pontifikalämter abzuhalten. Weihbischof Dr. Burger überbrachte dem greisen Jubilar die Ernennungsurkunde und verband damit gleichzeitig die herzlichsten Wünsche des Erzbischofs von Freiburg und des Domkapitels, dessen Ehrendomherr der Ausgezeichnete ist.

Der neue Freiburger Hauptbahnhof in Betrieb

Freiburg (TP). Der Freiburger Hauptbahnhof ist wieder aufgebaut und wurde dem Verkehr übergeben. Es ist ein geschmackvoller, ausgesprochener Zweckbau, dessen glasüberdachte Halle 530 qm groß ist. Der Bau kostet 300000 DM eine Summe, die für das Gebotene sehr gering ist und der Kunst des Architekten alle Ehre macht. In Gegenwart des Staatspräsidenten fand die Übergabe durch den Präsidenten der Eisenbahndirektion Karlsruhe Dr. Eisele statt, der den Neubau als Symbol der friedlichen Entwicklung im Sinne des Europagedankens feierte. Finanzminister Dr. Eckert meldete die Forderung Badens auf schnellen Ausbau der übrigen Bahnanlagen, des zweiten Gleises von Offenburg nach Freiburg, der Elektrifizierung der Hauptstrecke und der Höllentalbahn von Neustadt bis Donaueschingen an, ein Verlangen, das von dem Freiburger Oberbürgermeister Dr. Hoffmann noch besonders nachdrücklich unterstrichen wurde. Im Laufe eines geselligen Zusammenseins sprachen Staatspräsident Wohleb, der Präsident des Badischen Fremdenverkehrsverbandes Joner und der Vertreter der Eisenbahnbewerkschaften.

Freiburger Stadttheater wieder aufgebaut

Freiburg (TP). Der Wiederaufbau des Freiburger Stadttheaters, der zu mannigfachen Kontroversen Anlaß gegeben hat, ist bis auf die Inneneinrichtung so gut wie vollendet. Die Eröffnung wird am 30. 12. mit den „Meistersingern" erfolgen.

De la Vigne bleibt

Mannheim (TP). Das Rätsel um de la Vigne dürfte nun endgültig gelöst sein. Wie er selbst erklärt, bleibt er dem VFR Mannheim treu. Er bekannte, daß ihm wohl vom Racing Straßburg zwei Millionen Francs und einige andere Kleinigkeiten geboten wurde. Ja, man glaubt sogar, ihm eine Ehre zu erweisen, wenn man ihn bei den Franzosen als Tscheche einführe. Da winkte „De la" aber ab. „Ich bin zwar Flüchtling, ich bin aber Deutscher und werde auch Deutscher bleiben", war seine Antwort.

Die Treppe hinuntergestürzt

Nürtingen (hpd). Ein 24 Jahre alter Mann stürzte im elterlichen Haus in der Siedlung Bohnau so unglücklich die Treppe hinunter, daß er an den Folgen der erlittenen inneren Verletzungen im Krankenhaus starb.

Zwei Frauen in der Wildschweinfalle

Ulm (SWK). Beim Reisiglesen im Walde bei Ballendorf gerieten zwei Frauen in eine Wildschweinfalle, aus der sie sich nicht selbst befreien konnten. Die Hilferufe wurden erst nach längerer Zeit von Waldarbeitern gehört, die daraufhin die beiden „Gefangenen" aus ihrem eigenartigen und unangenehmen Gefängnis befreien konnten.

Autospringer raubten in der Nacht

S. Ulm. Ohne daß der Fahrer etwas bemerkt hatte, hatten sich an der starken Steigung der Autobahn bei Oberjelchingen in der Nacht Autospringer auf einen fahrenden Lastkraftwagen geschwungen, die hintere Tür aufgesprengt und einen Teil der Ladung auf die Straße geworfen. Ein Personenkraftwagen, der dem Lastkraftwagen folgte, bemerkte den Vorfall und es gelang, einen Teil der aus dem Auto geschleuderten Getreidesäcke wieder aufzufinden. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

Kommunistenversammlung unter Polizeischutz

S. Ulm. Nachdem das Parteibüro der Ulmer Kommunisten von ausländischen DP's im Laufe der letzten Monate zweimal angegriffen worden war, forderten die Ulmer Kommunisten in einer Versammlung die zuständigen Stellen auf, alles zu unternehmen, damit die Ulmer Bevölkerung von den DP's befreit werde. Der kommunistische Bundestagsabgeordnete Leibbrand betonte, Nordwürttemberg-Baden gebe im laufenden Jahr für seine 47 000 DP's 60 Millionen aus, wogegen für 700 000 Flüchtlinge nur 45 Millionen DM zur Verfügung stünden. Die Versammlung der Kommunisten stand unter starkem polizeilichen Schutz, da man erfahren hatte, daß 700 auswärtige DP's die Kommunistenversammlung sprengen wollten. Zu Zwischenfällen ist es indessen nicht gekommen.

Jubiläumsfeier bei Daimler-Benz

E.M. Schwäb. Gmünd. Im Gmünder Reparaturwerk der Daimler-Benz AG. fand dieser Tage aus Anlaß der Fertigstellung des 50 000. Fahrzeuges der sieben Auto-Reparaturwerke der US-Armee eine Betriebsfeier statt, an der die amerikanischen und deutschen Betriebsleiter der zum 7845th Ordnance Automotive Centers gehörenden Werke Gmünd Aalen, Waiblingen, Böblingen, Eßlingen und Neckarsulm teilnahmen. An der Jubiläumszahl ist das Gmünder Werk mit der Anlieferung seines 10 000. GMC und das Waiblinger Werk mit seinem 10 000 Jeep beteiligt. In den sieben Werken fanden bisher über 6000 Arbeiter Brot und Verdienst und rund 110 Millionen Mark sind seit April 1946 der Westzonenwirtschaft zugeflossen.

Ochsengespann vom Zug überfahren

E.M. Schwäb. Gmünd. An der Bahnlinie Schwäb. Gmünd—Göppingen haben sich innerhalb weniger Tage zwei schwere Unfälle dadurch ereignet, daß zwei Fuhrwerke aus Rechbergnausen überfahren wurden. Wie berichtet, hatte vor kurzem der Abendzug von Gmünd am Bahnübergang vor Rechberghausen ein Milchfuhrwerk erfaßt und zertrümmert, wobei der Kutscher tödlich verletzt wurde. Nur wenige Kilometer nördlich von dieser Unglücksstelle in Richtung Wäschenbeuren hat jetzt der Mittagszug von Gmünd ein Ochsengespann aus Rechberghausen, das beim Wenden auf einem rechts der Bahnlinie verlaufenden Feldweg über eine Böschung hinunter auf den Bahnkörper gerutscht war, erfaßt, etwa 30 Meter weit geschleift und den Wagen völlig zertrümmert. Der 34 Jahre alte Gespannführer konnte sich retten, dagegen wurden die beiden Ochsen so schwer verletzt, daß sie abgestochen werden mußten. Der Lokomotivführer konnte den Zusammenstoß nicht mehr verhindern.

Vierjähriges Kind zu Tode gedrückt

G.F. Heilbronn. Als ein vierjähriges Kind die Fahrbahn überqueren wollte, wurde es vom Vorderrad eines Lastwagens erfaßt, gegen den Randstein gedrückt und dabei so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Elektriker fiel vom Mast

G.F. Heilbronn. Ein Elektriker, der auf dem Gelände des Heilbronner Rangierbahnhofes mit Arbeiten auf einem Mast beschäftigt war, stürzte aus unbekannten Gründen so schwer ab, daß er an seinen Verletzungen auf der Stelle starb.

Über 13 000 Studenten in Württemberg-Baden

Heidelberg (SWK). Aus einem Bericht der Statistischen Landesämter Stuttgart und Karlsruhe geht u. a. hervor, daß während der Sommersemester des laufenden Jahres an den Hochschulen in Württemberg-Baden einschließlich der Universität Heidelberg genau 13 369 Personen ihrem Studium oblagen. Unter den Studierenden befanden sich rund 500 Ausländer. Mit rund 1450 Studierenden nimmt die Fakultät für Architektur den ersten Platz ein, während Philosophie und Soziologie von nicht ganz 150 Studenten gehört wurden.

Beinahe wie Münchhausen...

Kaiserslautern (SWK). Ein Autofahrer „erlegte" auf der Landstraße zwischen Kaiserslautern und Schopp einen Fuchs und einen Hasen zu gleicher Zeit. Der von einem Fuchs verfolgte Hase wurde durch das Scheinwerferlicht des Wagens geblendet und vom linken Rad erfaßt, während das rechte Rad den Fuchs tötete, der sich seines Opfers bereits sicher wähnte.

Zuchthaus für eine Rabenmutter

Aurich (hpd). Eine 46 Jahre alte Flüchtlingsfrau aus Schlesien wurde vom Schwurgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie ihre neunjährige Stieftochter auf dem kalten Flur ohne Decken schlafen ließ, sie mit dem Feuerhaken schlug und mit kochendem Wasser verbrühte. Bei vollem Bewußtsein nähte sie dem Kind die aufgesprungene Oberlippe mit Nadel und Zwirn zu. Diese und andere Quälereien führten den Tod des mißhandelten Mädchens herbei.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Wirtschafts-Nachrichten

Marktrundschau für Agrarprodukte

Getreide und Futtermittel

Die Getreideablieferungen sind zurzeit infolge der Hackfruchternte etwas geringer. Die Ablieferungen für den ganzen Oktobermonat schätzt man für Roggen auf etwas über 200 000 t, für Weizen auf etwa knapp 300 000 t. Damit wäre das ungewöhnliche Verhältnis eines Gleichstandes zwischen den Roggen- und Weizenablieferungen erreicht. Wenn der Roggen nicht so zügig vom Markte aufgenommen wird, wie die Landwirtschaft abzuliefern bereit ist, dann besteht die Gefahr, daß doch nicht der volle Mehrertrag der Rekordernte für die menschliche Ernährung nutzbar gemacht werden kann, sondern zu einem großen Teil in den Futtertrog wandert. Da dies außerdem eine Frage des Preisverhältnisses zwischen dem Futter- und dem Brotgetreide ist, so wird auch aus solchen Erwägungen einer Reform der Getreidepreise immer mehr Dringlichkeit zugemessen. Um eine Erhöhung der Preise für den Erzeuger wird man nach ziemlich allgemeiner Auffassung nicht herum kommen. Der Weizenpreis soll, damit diese Erhöhung eine Entlastung von den Subventionen bringen kann, mindestens bei 330 DM liegen. Die Bemessung des Roggenpreises wird auch unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß der Abstand zwischen dem Preis für Roggenbrot und dem für Weizenbrot bzw. Gebäck den Verbraucher veranlaßt, sich wieder stärker dem preiswerten Roggenbrot zuzuwenden. Der Roggenpreis wird also verhältnismäßig tiefer als bisher unter dem Weizenpreis liegen müssen. Der Futtermittelmarkt ist insgesamt gesehen ziemlich ausgeglichen.

Schlachtviehmärkte

Die Auftriebe zu den amtlichen Märkten zeigten keine ungewöhnlichen Veränderungen. Das verstärkte Angebot an Schafen ist saisonbedingt. Bei den Rindern hat sich das Bild allerdings hinsichtlich der angebotenen Qualitäten wesentlich verändert, indem seit der Wiederaufnahme einer strengeren Handhabung der Preiskontrolle beste und gute Tiere zumeist den Märkten fernbleiben. Im Durchschnitt sind die Rinderpreise wenig verändert. An den Schweinemärkten ist die Tendenz außerordentlich verschieden. Die Auffassungen über die Gründe für dieses Durcheinander der Preistendenzen sind schwer auf einen Nenner zu bringen. Während man die Meinung hören kann, daß das erneute Anziehen der Preise an einigen Märkten auf spekulative Manöver zurückzuführen sei, wird in anderen Kreisen die Auffassung vertreten, daß die Preisabschläge für Fleisch und Wurstwaren im Kleinverkauf die Verbrauchernachfrage angeregt und damit auch den Bedarf von Industrie und Handwerk verstärkt haben.

Fette, Milch, Butter, Eier

Der Vollmilchabsatz für Trinkzwecke ist von rund 160 000 t im Juli auf etwas über 200 000 t im Oktober gestiegen. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der Rückgang des Verzehrs von entrahmter Frischmilch von 130 000 t im Juli (Vorjahr 140 000) auf 45 000 t im Oktober (Vorjahr 150 000). Die Buttererzeugung ging von 24 000 t im Juli auf etwa 15 000 t im Oktober zurück (18 000 t Vorjahr). Die Käseerzeugung wird für Oktober auf rund 10 000 t geschätzt und hat damit das Niveau des Vorjahres wieder erreicht. Die Belieferung der Fettration durch Margarine und Pflanzenfette ist gesichert. Die Ölsaatenernte ist über alle Erwartungen günstig ausgefallen. Insgesamt wurden in Raps, Rübsen und Mohn im Bundesgebiet rund 150 000 t gegen 65 000 t im Vorjahr geerntet, wovon in diesem Jahre ein wesentlich größerer Prozentsatz als im Vorjahre zur Ablieferung kommen wird.

Zur Lage auf dem Kartoffelmarkt

Die nach Beendigung der Frostperiode erwartete verstärkte Verladetätigkeit ist nicht eingetreten, vielmehr hat sich allgemein ein Rückgang der Angebote bemerkbar gemacht und gleichzeitig ein Anziehen der Preise entwickelt. Im einzelnen lagen die Preise in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik am Wochenende je 50 kg ab Verladestation je nach Qualität und Art der Ware etwa wie folgt: Hessen 5,70—5,80 DM; Rheinhessen 5,75—5,80 DM; Württemberg-Baden 5,70—5,85 DM; Rheinland 5,50—5,70 DM. In Fachkreisen wird erwartet, daß sich in den nächsten Tagen ein weiteres leichtes Anziehen bemerkbar machen wird.

Der Frauenliebling von Bukarest

Die Geschichte eines dunklen Ehrenmannes

Von unserem TP-Korrespondenten

K. F. Wien

Wie überall machte sich nach Kriegsende auch in Österreich eine starke Nachfrage nach Kraftwagen geltend. Der Mangel war um so fühlbarer, als das Land früher größtenteils von Deutschland mit Autos beliefert wurde und eine Einfuhr von dort in den Nachkriegsjahren nur in sehr geringem Umfange möglich war. Wie aus dem folgenden Bericht der Salzburger Kriminalpolizei hervorgeht, haben es gerissene Geschäftemacher verstanden, den starken österreichischen Autobedarf für ihre Zwecke auszunutzen und Kraftwagen in größerer Zahl „schwarz“ über die Grenze zu bringen.

„Nach langen, mühevollen Erhebungen ist es gelungen, einen der größten Autoschmuggelaktionen Österreichs aufzudecken. Man stellte fest, daß 41 Personenwagen von Deutschland nach Österreich geschmuggelt wurden, wobei der österreichische Staat 200 000 Schilling Zollgebühren eingebüßt hat“.

Der polizeiliche Bericht über diese Vorgänge ist aber noch in ganz anderer Hinsicht bemerkenswert. Die Liste der bei dieser aufgeflogenen Schmuggleraktion verhafteten Personen enthält unter anderem den Namen Arnold Bittermann. Im Grunde ein uninteressanter Name, für die Kriminalpolizei auch nur insoweit interessant, als man in dem jungen Manne den Organisator des gesamten Schmuggels entdeckt hatte. Er könnte dem Untersuchungsrichter, vor dem sich seit einiger Zeit ein Berg von Akten türmt, verraten, wie man es machen muß, ungesehen 41 Autos über die Grenze zu schmuggeln. Er könnte aber auch interessantere Dinge erzählen …

Der „elegante Duti“

Zum Beispiel könnte er verraten, wie sich die hohe Politik Rumäniens hinter den Kulissen abspielte oder die dramatischen Stunden vor der Abdankung König Michaels. Als engster Vertrauter der rumänischen Königsfamilie war er in viele Geheimnisse eingeweiht. Der Häftling Bittermann, einst der große Frauenliebling von Bukarest, der jetzt nachdenklich durch die Gitter seiner Zelle die Festung Salzburg betrachtet, hatte nie daran gedacht, daß ihn ausgerechnet beim größten Coup das Glück verlassen könnte. Das Schicksal hatte ihn zu sehr verwöhnt.

Als Sohn wohlhabender Eltern wurde er in Siebenbürgen geboren, als Student ging er nach Deutschland auf die Technische Hochschule. Zur Wehrdienstleistung wurde er nach Rumänien zurückberufen, wo er vielleicht als Soldat in einem öden Nest seine vorgeschriebene Ausbildung genossen hätte, wenn nicht in Bukarest ein einflußreicher Onkel gesessen hätte. Dieser weltgewandte Mann, der seinen Neffen gut kannte, wußte ihn zu packen. Er erklärte ihm kurz und bündig: „Du bist jung und elegant, Du gehörst nach Bukarest und zwar in die Garde“. Der strohblonde Arnold sagte dazu nicht nein und befolgte auf der Stelle den Rat seines Verwandten. Die Prognose seines Onkels war richtig. Schon nach kurzer Zeit war sein Schützling am königlichen Hof ein gern gesehener Gast. In der Damenwelt von Bukarest war der fesche Gardeleutnant auch bald bekannt und er verstand es, auf allen Gebieten zu avancieren.

Ganz Bukarest sprach daher davon, als der „elegante Duti“, wie er mit seinem Spitznamen hieß, über Nacht die verheißungsvolle Gardeuniform auszog, um Sekretär und Adjutant der Prinzessin Illiane zu werden. Böse Zungen in Bukarest behaupteten zwar, daß dies tiefere Gründe hätte, doch Neider finden immer anzügliche Worte. In jener Zeit galt er auch als der „interessanteste Herrenfahrer“ der rumänischen Hauptstadt. Man sagte ihm nach, daß rassige Autos und schöne Frauen seine große Passion wären. Mit den Frauen soll er es nicht so genau genommen haben, dafür hätte er mehr auf die Autos gehalten. Er versorgte auch den Hof mit den neuesten amerikanischen und deutschen Modellwagen, die er selbst einfuhr und — wenn es sein mußte — auch selbst reparierte.

„Praktisch“ von Jugend auf

Als Freund König Michaels zählte er zu den engsten Vertrauensleuten am Königshof. Er war auch der einzige, der in den aufregendsten Stunden vor der Abdankung König Michaels die Ruhe bewahrte. Er begriff die Situation und half seinem langjährigen Freund, das Wichtigste, vielleicht auch das Wertvollste zu packen. Praktisch veranlagt war er nämlich von Jugend auf. Für diesen Dienst steckte ihn auch der entthronte König mit seiner Mutter in den Hofzug und nahm ihn in die Schweiz mit. Hier verabschiedete er sich vorerst, bereitete aber noch die Hochzeit seines ehemaligen Kommandeurs der Garde mit Anne von Bourbon vor. Als sein letzter Auftrag erfüllt war und er auch für seine ehemalige Gebieterin eine Fahrkarte nach Argentinien gelöst hatte, verließ er die Schweiz. Er kehrte nach Österreich zurück, von wo seine Eltern gekommen waren.

Seine alte Liebe zu den deutschen Automodellen, die diesmal jedoch krumme Wege ging, brachte ihn jetzt hinter Schloß und Riegel. Beinahe wäre ihm dieser große Coup gelungen, doch verrechnete er sich im Gegner. Er hatte es diesmal nicht mit der rumänischen Polizei zu tun und wenn man heute auch manchmal den Eindruck hat, daß der Balkan bedenklich nahegerückt ist, so waren die Verhältnisse an der deutsch-österreichischen Grenze doch andere als die, an die er rumänischerseits gewöhnt war. Daran scheiterte er. Die Muße die er jetzt hat, dürfte genügen, über seine nächsten „motorisierten“ Geschäfte nachzudenken.

Sport-Nachrichten der EZ

FC. Busenbach — Phönix Karlsruhe Ib 2:3

Busenbach. Der FC. trat zu diesem nicht gewerteten Treffen nur mit einer kombinierten Elf an. Ihre Leistungen konnten nur zeitweise und da nicht voll befriedigen. Wohl machte sich der starke Wind oft sehr unangenehm bemerkbar. Phönix gefiel vor allem durch genaues, immer den Mann genau berechnetes Zuspiel auf. Nur selten mal ein Versager. Was die Mannschaft sympatisch macht, war ihr faires Spiel. Schon nach kurzer Zeit führte die Mannschaft mit 2:0. Unsere Elf setzte in dieser Spielphase den Gästen energischen Widerstand entgegen und konnte auch bis zur Halbzeit die Partie ausgleichen 2:2. Phönix zeigte nun sein Können, während die Platzmannschaft sich nicht mehr zu einem geschlossenen Angriff zusammenfand. So fielen innerhalb kurzer Zeit 3 Tore. Eine einzige Entschuldigung kann man für die Platzmannschaft gelten lassen: Es war Kirwe. Die etatmäßige Elf hätte das Spiel bestimmt zu einem Sieg gestaltet. le.

Handball

Spielvgg. Ettlingen — TV. Mühlacker 5:5

Der letzte Sonntag brachte für alle Ettlinger Sportfreunde, die auf dem Sportplatz erschienen waren, eine Enttäuschung. Die junge Elf der Spvgg. Ettlingen war nicht wieder zu erkennen. Die Leistungen blieben sogar hinter denen am vorletzten Sonntag gezeigten zurück. Nur war da die gegnerische Mannschaft technisch überlegen und zeigte ein gutes Spiel. Doch am letzten Sonntag war eine Mannschaft zu Gast, deren schlechter Tabellenplatz den gezeigten Leistungen durchaus entspricht.

Das Spiel begann recht verheißungsvoll mit einer 2:0-Führung Ettlingens. Mit 3:1 Toren wurden die Seiten gewechselt und es gelang den Einheimischen mit einem weiteren Tor den Vorsprung auf 4:1 zu vergrößern. Doch dann war das Pulver verschossen und was von den Ettlingern, besonders vom Sturm, noch gezeigt wurde, war geradezu unmöglich. So konnte es passieren, daß die tapfer kämpfende gegnerische Mannschaft in einem schönen Endsport den kämpferisch verdienten Ausgleich erzielen konnte.

Die Ettlinger Mannschaft macht zur Zeit zweifellos eine Formkrise durch. Dieser Tiefpunkt kann nur durch das restlose Zusammenhalten aller aktiven Spieler unter der tatkräftigen Leitung des Spartenleiters behoben werden. Dann werden die nächsten Spiele wieder zeigen, was in der jungen Mannschaft steckt, die mit Recht von bekannten Handballexperten des Kreises Karlsruhe als eine der aussichtsreichsten Mannschaften der nächsten Jahre bezeichnet wird. F.R.

Große Pläne im Radsport

„Schwarzwaldfahrt“ und „Deutschlandfahrt“

Im nächsten Jahr plant die IRA zum ersten Male zwei Etappenfahrten mit internationaler Beteiligung durchzuführen. Sie stellte für den bevorstehenden Kalender-Kongreß der UCI an den Bund Deutscher Radfahrer den Antrag, die Schwarzwaldfahrt über vier Etappen mit 850 km vom 25. bis zum 28. Mai 1950 und die Deutschlandfahrt über 17 Etappen mit 3850 km vom 22. Juli bis 10. August als internationale Veranstaltungen zur Genehmigung vorzuschlagen. Daß der Termin der „Deutschland-Rundfahrt“ mit der „Tour de France“ kollidiert, wird man in Kauf nehmen. Eine deutsche Beteiligung an der Frankreich-Rundfahrt bereits im kommenden Jahr ist ohnedies noch nicht geplant und es bleiben genug internationale Könner, die die „grande boucle“ nicht mitfahren, dafür aber an einer erstmaligen Wiederteilnahme an der „Deutschland - Rundfahrt“ interessiert sind. Außerdem hat der Termin den Vorteil, daß er in die fußballose Zeit fällt und die deutsche Sportöffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit einmal in erster Linie den Radgiganten schenken kann. (ISK)

Termine der Leichtathleten

Neben den bereits festgelegten Deutschen Leichtathletenmeisterschaften am 5./6. August in Stuttgart gab der in München gegründete DLV folgende Termine der Titelkämpfe für 1950 bekannt: 29./30. 7.: Hochschulmeisterschaften in Berlin und Jugendmeisterschaften in Landau (Pfalz); 19./20. 8.: Junioren- und Mehrkampfmeisterschaften in Kassel, 50-km-Gehermeisterschaft in München; 16./17. 9.: DMM-Endkampf für Männer und Frauen in Köln, für die Jugend in Berlin. (ISK)

Neues Leben im Motorsport

Die internationale Wiederzulassung deutscher Motorsportler ließ noch in dieser vorgeschrittenen Jahreszeit unsere Männer am Volant munter werden. Am Bußtag, in aller Frühe (genau um 5 Uhr morgens) werden Petermax Müller, von Hanstein, Polensky und Schweder mit ihrem „Volkswagen-Spezial“ (1100 ccm) zu ihrer geplanten 20 000 Kilometerfahrt auf dem Hockenheimer Ring starten.

Manfred von Brauchitschs Vorbereitungen für die Teilnahme an vier südamerikanischen Rennen sind jetzt so gut wie abgeschlossen. Von Brauchitsch erhielt bereits seine Pässe. Die Überfahrt wird am 29. November von Rom aus mit dem Flugzeug angetreten, nach dem vorher von Brauchitsch und seine Gattin bei Rudolf Caracciola noch einen Besuch abgestattet haben. (ISK)

Kurze Sportnachrichten

Gottfried von Cramm gewann die Schweizer Hallentennismeisterschaft, die er schon im Vorjahr errungen hatte. Im Endspiel bezwang er Frankreichs Spitzen- und Davispokalspieler Marcel Bernard 7:5 6:1.

Der VfB Mühlburg erwartet am 4. Dezember den sechsfachen schwedischen Meister Norköpping und hofft auf das Zustandekommen eines Neujahrsspieles mit dem 1. FC Barcelona.

Kommenden Freitag und Samstag kämpfen in der Fellbacher Stadthalle die besten Amateurboxer von Nord- und Südwürttemberg um den „Goldenen Handschuh“. Da auch die starken Staffeln von Prag Stuttgart und Neckarsulm ihre besten Kräfte entsenden, wird diesem Turnier in Boxerkreisen großes Interesse entgegengebracht.

Wetterbericht

Vorhersage für Nord-Württemberg: Am Mittwoch und Donnerstag zunächst meist trübe und noch leichter Niederschlag, später Bewölkungsrückgang, kühl, Temperaturen tagsüber kaum über 5 Grad. Gefahr leichter Nachtfröste.

Vorhersage für Nord-Baden: Am Mittwoch und Donnerstag meist bewölkt, zeitweise aufheiternd, in Niederungen vielfach Nebelbildung, keine wesentlichen Niederschläge mehr. Tageshöchsttemperaturen 5 bis 7 Grad, nachts teilweise leichter Frost.

Barometerstand: Veränderlich.
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +5°.

ETTLINGER ZEITUNG
Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau
Verantwortl. Herausgeber: A. Graf, Ettlingen.
Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf.
Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen-Krais oHG., Karlsruhe, Waldstraße 30, Ruf 712

Frisch eingetroffen:
Ia Blaumohn 500 gr 1.25
Ia Sultaninen 500 gr 1.25
Weizenpuder
Maispuder
Mandeln 100 gr 90 Pf.
süße Bari-Mandeln
Oblaten-Backwachs
Pottasche/Hirschhornsalz
Ia Citronenöl
Kunsthonig
Bienenhonig echt
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz
Leopoldstr. 7

Solo-Apparate
E. O. Drücke
bei der Post
auch während des Umbaus der Geschäftsräume wie bisher geöffnet

Werner Gebhard
Staatl. gepr. Dentist
„Grüner Hof“
Nach Krankheit Praxis wieder geöffnet
Telefonanschluß 454 Alle Kassen

Klein-Anzeigen können Sie telefonisch aufgeben **Ruf 187**

Wir haben uns verlobt
GERTRUD ZOLLER
HANS GRIMM
November 1949
ETTLINGEN
Rheinstraße 4 Bahlstraße 1

BEKANNTMACHUNGEN

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, den 18. November 1949, vormittags 10 Uhr werde ich in Malsch, mit Bekanntgabe am Rathaus, an Ort und Stelle gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 16 Rollwagen, 3 gr. Sandsiebe, 2 Schubkarren, ca. 200 m Schienengleis, 7 Drehscheiben, 1 Klettermaxe, 1 kompl. Bauhütte, 4 × m.
Hermann Mohr, Gerichtsvollzieher.

Rheuma-Kranke
erhalt. kostenlos Auskunft über ein tausendfach bewährt. Naturheilmittel. Bei Nichterfolg Geld zur. Galvanic-Ring Co., Bad Reichenhall C 139

STELLENGESUCHE
Hausgehilfin, kath., s. tagsüber Stell. i. ruh. Haush., evtl. halbtägl. Angeb. unter Nr. 4094 an die E.Z.

ZU VERKAUFEN
Weiße Rüben, ca. 30—40 Ztr., 20 Baustangen zu verkauf. Tel. Langensteinbach 33.

ZU VERMIETEN
Leere Mansarde zum Unterstellen von Möbeln, auch möbl. als Schlafraum geeignet, an solid., möglichst berufstätig. Herrn zu vermieten. Angebote unter Nr. 4049 an die E.Z.

Zeichenblocks -.40
empfiehlt
Buchdruckerei Graf
Ettlingen, Schöllbronnerstr. 5

Ia Lebkuchengewürz
Anis ganz u. gemahl.
Kardamom „ „ „
Koriander „ „ „
Nelken „ „ „
Ceylon-Zimt „ „
Neugewürz „ „ „
Ingwer „ „ „
Fenchel „ „ „
Muskatblüte
empfiehlt in jeder beliebigen Menge
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz
Leopoldstr. 7

Nicht nur gute
WOLLE
auch preiswerte
Unterwäsche
und vieles andere in bester Qualität finden Sie bei
Hedy Renzland
Dekaneygasse 8.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg